

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitzsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Sablan, Magdeburg. Verlag von Hermann Sackmann, Magdeburg. Redaktion: Dr. Mühlstraße 3. Fernsprecher 201.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangiergeld) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Abgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 erst. Postgebühr. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgebühr für die hochpreisigsten Beilagen 15 Pf. Voll-Heftungsliste Nr. 7424

Nr. 297.

Magdeburg, Freitag, den 21. Dezember 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Sozialdemokratie und indirekte Gemeindesteuern.

Einen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis innerhalb unserer Partei möchte Schweinburg in den Berliner Politischen Nachrichten konstruieren aus der Art, wie Genosse Segitz auf dem Bayerischen Parteitag am 9. d. M. das Verhalten unserer Fürther Gemeinderatsmitglieder in der Frage der städtischen indirekten Steuern zu erläutern versuchte. Segitz sagte nach dem Bericht der Fränkischen Tagespost:

Was die indirekten Steuern betrifft, so sollte man nicht nur darüber streiten, wie die Steuern wirken, sondern die Frage sollte lauten: Werden durch Beseitigung der städtischen indirekten Auflagen auch die belasteten Lebensmittel wirklich billiger? Diese Forderung auf Beseitigung der städtischen Aufschläge ist früher von den bürgerlichen Parteien aufgestellt und von uns übernommen worden; heute liegen die Dinge anders. Wenn wir heute in Fürth z. B. den Mehlausschlag aufheben würden, so würde der Brotpreis von den organisierten Produzenten genau so festgesetzt werden wie bisher. Von der auswärtigen Konkurrenz ist nichts zu erhoffen, nicht zu viel auch von der Errichtung von Bäckereien usw. durch die Gemeinde. Die Frage: Wie kann der Unfall an indirekten Steuern den Konsumenten zugeführt werden? muß bei Ausarbeitung des Programms eingehend gewürdigt werden. Im Prinzip bin ich auch dafür, daß die indirekten Steuern beseitigt werden...

Daraus dreht Schweinburg einen Strick zurecht, an dem er unsere Fürther Genossen samt allen anderen Sozialdemokraten im Deutschen Reich aufhängen möchte. Er behauptet nämlich zu Recht und Frommen der Kornwucherer:

Dieses Verhalten der Sozialdemokratie in der von ihnen beherrschten Fürther Gemeindevertretung ist aber nicht allein sehr lehrreich für den Unterschied zwischen Theorie und Praxis innerhalb der sozialdemokratischen Partei, sondern sie enthält auch einen deutlichen Fingerzeig, auf welchem Wege, wenn anders in der Folge wirklich eine Vermehrung der Reichseinkommen nötig werden sollte, dieses Ziel in der für die breiten Massen der Bevölkerung am wenigsten drückenden Weise erreicht werden kann. Nach der Begründung des sozialdemokratischen Programms in Sachen der Fürther indirekten Kommunalabgaben wird dieses Ziel auf dem Wege der weiteren Ausbildung der indirekten Besteuerung im Reich und nicht durch stärkere Heranziehung der Bundesstaaten, welche zu einer Vermehrung der direkten Landessteuern führen müßte, zu erreichen sein.

Es war voranzusehen, daß die Schutzgötter jenes Vorkommnis in solcher Weise ausnützen würden. Von den Genossen Scherm und Scheidemann wurde dieses bereits in der Diskussion auch den Fürther Genossen klar gemacht, worauf Segitz entgegnete, daß doch ein gewisser Unterschied sei, ob das Reich oder die Gemeinde, die unter dem Zwange der Verhältnisse steht, Bölle erhebt. Es ist dann nicht weiter auf die Art dieser nach Segitz' Meinung zwingenden Verhältnisse eingegangen worden, weil sie ja bei den anwesenden bayerischen Genossen wie auch allgemein bekannt vorausgesetzt werden können. Die Gemeindeverwaltungen sind, wie auch ein Schweinburg recht wohl weiß, nicht in der Lage, die direkte Besteuerung zu ändern. Es ist den Gemeinden vielmehr durch Staatsgesetz vorgeschrieben, in welcher Abstuflung sie die Einkommensteuer erheben dürfen. Dadurch wird es den Gemeindevertretungen unmöglich, eine Steigerung des Steuerbedarfs, wie er durch Beseitigung indirekter Abgaben entsteht, ganz auf die wohlhabendere Bevölkerung abzuwälzen, vielmehr sind sie gezwungen, im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Steuerstufen die Mehrbelastung ziemlich gleichmäßig auf alle Steuerzahler zu verteilen, so daß die ärmere Bevölkerung, das heißt also die Arbeiter, zu einer verhältnismäßig hohen direkten Steuer herangezogen werden müßten.

Die Fürther Genossen in der Gemeindevertretung sind wohl der Meinung gewesen — eine Meinung, deren Wichtigkeit wir durchaus bezweifeln —, daß auch bei Beseitigung der indirekten Abgaben es hauptsächlich wieder die ärmere Bevölkerung wäre, welche die Last zu tragen hätte, während eine Verbilligung der vom Octroi befreiten Verbrauchsgegenstände nicht eintreten würde, weil der Ring der Händler stark genug sei, um die Preise auf der bisherigen Höhe festzuhalten, während andererseits die Eigenart der jetzt besteuerten Gegenstände eine größere, namhafte Zufuhr von außerhalb und damit ein Sinken der Preise unmöglich mache.

Solche Verhältnisse walten ja nicht nur in Fürth, sondern auch in vielen anderen deutschen Gemeinden ob. Mit Recht aber erklärte Genosse Scheidemann-Mürnberg, daß durch die Darlegungen des Genossen Segitz das Verhalten der Fürther keineswegs entschuldigt oder richtig wird. „Eine Gemeindevertretung, deren Mehrheit sozialistisch ist,“ sagte Scheidemann, „und die den Octroi beseitigt, sollte nur die nötigen Konsequenzen ziehen

und — wenn die Herren Bäcker- und Schlächtermeister sich hochbeinig zeigten — Gemeindebäckereien und Gemeindebäckereien errichten. Auf diese Art würde den Herren Mores gelehrt.“

Wir stimmen den Ausführungen Scheidemanns vollkommen zu. Es genügt nicht, im Prinzip, wie dies Segitz ja auch sagte, ein Gegner der indirekten Steuern zu sein, sondern man muß, wie der Vorwärts mit Recht schreibt, aus diesem Prinzip auch die erforderlichen Konsequenzen ziehen und diese bestehen im vorliegenden Falle darin, daß die Genossen im Fürther Gemeinderat für die Beseitigung der Abgaben stimmen, die Errichtung kommunaler Bäckereien und Schlächtereien in die Wege leiteten und gleichzeitig einen Massensturm zur Abänderung des bestehenden direkten Steuergesetzes veranlassen, damit durch dieses die höheren Einkommen schärfer zur Besteuerung herangezogen werden können. Daß dieses Ziel bei der jetzigen Zusammensetzung des bayerischen Landtags erreicht wird, ist allerdings nicht zu erwarten. Gerade dadurch aber, daß der Landtag diese Forderung zurückweist, bekämen unsere Genossen ein vorzügliches Agitationsmittel in die Hand; sie können der gesamten nicht wohlhabenden Bevölkerung zeigen, namentlich derjenigen, die sich noch im Gefolge der schwarzen Beherrscher des bayerischen Landtags befindet, wie diese schwarzen Auch-Volksfreunde nur dafür sorgen, daß die Armut die schwersten Lasten im Staat wie in der Gemeinde zu tragen hat.

Es war also ein taktischer Fehler unserer Fürther Gemeinderatsmitglieder, für Beibehaltung des Octroi zu stimmen. Ihre prinzipielle Gegnerschaft zur indirekten Besteuerung steht ja außer Zweifel, das hat ja Segitz noch ausdrücklich betont.

Die Schlüsse aber, die Schweinburg im Dienste seiner fornwucherischen Auftraggeber aus dem Fürther Vorkommnis zieht, sind völlig lächerlich. Das Reich befindet sich nicht in der von Segitz überschätzten Zwangslage, in der sich die Gemeinden befinden. Erstens kann das Reich, um seinen Mehrbedarf an Einnahmen zu decken, eine starke progressive Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer einführen — also direkte Steuern, die der besitzenden Klasse die Lasten auflegen. Zweitens ist nach Beseitigung der indirekten Steuern das Reich nicht in der Zwangslage, sich von einem Dinge der Lieferanten die Preise für Getreide, Fleisch und alle anderen jetzt durch Zoll verteuerten Waren diktieren lassen zu müssen, sondern von allen Seiten kann und wird ihm bei Aufhebung des Zolls Ware über die Grenzen zu strömen und dadurch deren Preis sinken.

Schweinburgs Trugschlüsse können daher nur humoristische Bedeutung beanspruchen. Die Sozialdemokratie ist sich im ganzen Reich darin einig, daß alle indirekten Steuern, welche die Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung verteuern, beseitigt werden müssen, und unsere Genossen im Fürther Gemeinderat werden sicher bei genauerer Ueberlegung daraus auch die richtige Konsequenz ziehen und die Beseitigung des Octroi beschließen. —

Politische Uebersicht.

Der Kanzler der Brotwucherer.

Als Kanzler des Agrariertums entpuppt sich der Kanzler der Weltpolitik. Die konservative Partei hat nicht ohne Grund die gräfliche Chinageschichte erduldet und die Krüger-Abweisung vertuscht. Sie weiß sich des klingenden Lohns sicher. Graf Klinkowström, der Führer der staatsmännisch gemilderten Konservativen, hat, wie wir gestern schon mitteilten, in einer konservativen Parteiverammlung in Königsberg das volle Herz nicht zu hüten vermocht und das Geheimnis der brotwucherischen Zweieinigkeit von Reichsregierung und Junkertum ausgeplaudert. Graf Klinkowström erklärte:

Die Agrarier könnten dem Zolltarif zuversichtlich entgegensehen; die Agrarier und Bülow seien einig; mehr dürfe er nicht sagen.

Das Berliner Tageblatt ergänzt diese Erklärung des Grafen Klinkowström durch die Angabe, daß die Regierung des Grafen Bülow den Konservativen versprochen habe, unbedeutend an einem Getreidezoll von 6 oder 7 Mark — welcher von diesen beiden Sätzen endgültig in den Tarif eingestellt werden wird, sei zur Zeit noch nicht zu sagen — festzuhalten. Diesem Zollsatz sollen bereits die Freikonservativen, das Centrum sowie ein Teil der Nationalliberalen zugestimmt haben. Dagegen sei auf die Aufstellung eines Doppeltarifes, wie ihn die Agrarier bisher stets verlangten, verzichtet worden, da das Zugeständnis eines 6 bis 7 Mark-Zolls jenes Verlangen überflüssig macht.

Bewahrheiten sich diese Mitteilungen, so ist eine erhebliche Mehrheit im Reichstag für die wünschenswertesten Zollerhöhungen gesichert. Der 6 oder 7 Mark-Zoll würde gegen die mittel- und linksliberalen und die sozialistischen Stimmen Ausnahme finden.

Diese Ansichten unter der Kanzlerschaft des Grafen v. Bülow übertreffen alle bisherigen Schreckensgerüchte. Bisher konnte man annehmen, daß die Regierung den Agrariern nicht über den 5 Mark-Zoll hinaus, den höchsten Kornzollsatz, den das Reich je hatte, entgegenkommen würde. Ein 6 Mark-Zoll oder gar ein 7 Mark-Zoll bedeutet die vollständige Kapitulation der Regierung vor dem modernen Klaubrittertum Ostindiens.

So erschreckend diese Ankündigungen für die brotessenden Klassen sind, so entbehrt dennoch die Situation nicht eines gewissen grimmigen Humors. Die freisinnig-vereinigte Presse verstimmt ob der furchtbaren Enttäuschung, die sie an ihrem gefeierten Liebling auf dem Kanzlerstuhl erlebt, dem sie als dem wahrhaft modernen Mann wilde Lobgesänge sang, und dessen erdballumspannender Weltpolitik sie zuzuschauen in der Zuvorsicht, also das Junkertum endlich aus der angestammten Regierung- und Hofesgunst zu verdrängen. Der Weltpolitiker, der in freier Seelust Handel und Industrie entwickeln sollte, offenbart sich als Hort feudaler Rückständigkeit. Der die Grenzen Chinas eröffnen sollte, will Deutschland durch mehr als chinesische Zollmauern gegen das Ausland verschließen. Graf Bülow kann alles. Kein Widerspruch, den der Hezenmeister nicht in Harmonie aufzulösen weißte.

Gegenüber dem Bündnis von Regierung und Reichstagsmehrheit muß das arbeitende Volk Deutschlands sich in seiner ganzen Kraft erheben. Nichts wäre thörichtler und gefährlicher, als wollte man meinen, die Verhinderung des geplanten Kornwuchers sei ausichtslos angesichts übermächtiger gegnerischer Vereinbarungen. Nicht zum erstenmal mußten Regierung und Reichstagsmajorität der öffentlichen Entrüstung weichen.

Ohne Verzug gilt es den Kampf gegen den Brotwucherer auf der ganzen Linie und mit gesammelter Wucht zu führen!

Die Fehde.

Ueber die Enthüllung der Frankfurter Zeitung, daß Posadowsky selber das „etwas eigentümliche“ Verlangen an den Scharfmacherverband gerichtet habe, sind die agrarischen Organe mit den alten Redensarten „für Tagesordnung“ übergegangen. Stamm waren sie aber auf diesem Marsch der Neugier begriffen, als der gestern von uns schon angezogene Bueckisch-Leitartikel der Berliner Neuesten Nachrichten ihnen Hören und Sehen benahm und sie zum Fallen brachte. Dafür liegen heute zwei klassische Zeugnisse vor. Bevor wir sie mitteilen, haben wir aber noch eine bezeichnende Stelle aus dem Fehdebrief Buecks nachzutragen. Sie steht an der Stelle, wo er von den Diensten spricht, die der Scharfmacherverband dem Reichsamt des Innern geleistet habe. Hier heißt es:

Wir verweisen auf die Arbeiten bei dem Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland, die vom Central-Verbande, zum geringen Teil auch vom deutschen Handelsstage, geleistet wurden. Der Zollbeirat hatte sich im Bureau des Central-Verbandes installiert, dessen Kräfte er durch Monate vollständig und fast übermächtig in Anspruch nahm. Dabei hatte der erste Sekretär des Central-Verbandes, Herr Girsch, wie ein Mitglied des Beirats später öffentlich bekundete, hervorragende Dienste geleistet. Bei dem Handelsvertrag mit Japan und den Verhandlungen mit Portugal wiederholte sich dieser Vorgang.

Es folgt nunmehr der gestern schon von uns abgedruckte Passus und dann heißt es weiter:

Die vom Centralverband veranstaltete große und denkwürdige Flottenkundgebung, die nicht unwesentlich dazu beitrug, Stimmung für das viel bespottete erste Flottengesetz zu machen, mag hier auch Erwähnung finden. Endlich weiß der Herr Staatssekretär wohl selbst am besten, wie groß der Anteil des Central-Verbandes an der Bildung des „Wirtschaftlichen Ausschusses“ ist, der bei der Vorbereitung für die neuen Handelsverträge so große Aufgaben zu erfüllen hatte.

Also: Alles hat der Centralverband der Scharfmacher besorgt: Gelder, Beamte gestellt, Brotschüren angeordnet und vertreiben und für das Zustandekommen von Handelsverträgen wie Zuchtstausgesetzen emsiglich gearbeitet und nun, wo es zum Klappen gekommen ist, spricht Posadowsky der Abhängige im Reichstag von „höchst feindlichen, höchst extravaaganten Anträgen“, wagt er es, von der patriotischen Interessentengruppe angestrichelt abzurücken! Wer will es Bueck verargen, daß er das an seinem bisherigen Schützling nicht duldet, daß er nunmehr, wo an Posadowsky nichts mehr zu halten ist, Abrechnung hält, gründliche Abrechnung,

